

Ganzjährig . . . . .	6 fl. — fr.
Halbjährig . . . . .	3 — —
Vierteljährig . . . . .	1 „ 50 „
Monatlich . . . . .	— „ 50 „

Ganzjährig . . . . .	9 fl. — fr.
Halbjährig . . . . .	4 „ 50 „
Vierteljährig . . . . .	2 „ 25 „

Für Zustellung ins Haus vierteljährig 25 fr., monatlich 9 fr.

Einzelne Nummern 5 fr.

# Tagblatt.

Kongressplatz Nr. 81 (Buchhandlung von J. v. Kleinmair & B. Hambro)

Für die einbaltige Petitzeile 3 fr. bei zweimaliger Einschaltung 2 1/2 fr. dreimal 2 1/4 fr.

Inserationsstempel scheidet 30 fr.

Bei größeren Inseraten und öfterer Einschaltung entsprechender Rabatt.

Anonime Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

## Abonnements - Einladung.

Mit 1. April 1870 beginnt ein neues Abonnement auf das „Laibacher Tagblatt.“

Bis 1. Mai 1870:

Für Laibach . . . . .	50 fr.
Mit der Post . . . . .	75 fr.

Bis Ende Juni 1870:

Für Laibach . . . . .	1 fl. 50 fr.
Mit der Post . . . . .	2 fl. 25 fr.

Für Zustellung ins Haus monatlich 9 fr.

Auf das „Laib. Tagblatt“ kann täglich abonniert werden, doch muß das Abonnement immer mit Schluß eines Monats ablaufen.

## Nach den Wahlen.

Die liberale Wählerschaft darf mit gutem Rechte das Zeugniß in Anspruch nehmen, daß sie auch bei den diesmaligen Gemeinderathswahlen, welche durch die heute Vormittag stattgefundene Stimmenabgabe des ersten Wahlkörpers beendet wurden, redlich ihre Pflicht gethan habe. Ungeachtet der deklarirten Nichtbetheiligung der Gegenpartei und der in natürlicher Folge nur lässig betriebenen Agitation wurden im dritten Wahlkörper nur eine einzige, im zweiten und ersten nur einige Stimmen weniger als im vorigen Jahre abgegeben und die aufgestellten Kandidaten sämmtlich ohne jede nennenswerthe Stimmenzerpflünderung, mehrere fast mit Einhelligkeit gewählt.

Obwohl die liberale Partei noch über viel mehr Stimmen verfügt und im Falle eines eigentlichen Wahlkampfes noch bedeutend mehr Truppen ins Feld stellen könnte, so muß doch die Betheiligung für eine Wahl, bei der die Entscheidung im voraus bekannt und das Durchdringen der aufgestellten Kandidaten gewiß ist, und bei der es sich nur um die Bethätigung eines Prinzips, gewissermaßen nur um einen moralischen Erfolg handelt, eine außerordentlich zahlreiche genannt werden und man kann getrost die Behauptung aussprechen, daß kaum in einer zweiten Stadt in einem gleichen Falle ein solches Kontingent der Wähler an die Urne treten würde.

Die Grundsätze der Mäßigung und Besonnenheit haben durch die letzten Wahlen einen neuen Sieg errungen über diejenigen ungezügelter Leidenschaftlichkeit und maßloser Ausschreitung, und es hat sich gezeigt, daß glücklicherweise diese wohlthätigen Grundsätze immer festeren Fuß fassen im Kreise unserer Bürgerschaft und so hoffentlich mit der Zeit wieder zum Heile der Stadt die ausschließliche Herrschaft erlangen werden. Dieser glückliche Erfolg ist geeignet, unsere Gemeindevertretung mit frischem Muthe und neuer Kraft für ihre ernste und schwierige Aufgabe zu erfüllen. Sie möge getrost ausharren auf dem betretenen Wege, auch in der Zukunft als oberstes und einziges Ziel nur das Interesse der Stadt und das Wohl der Bürger im Auge haben!

Wenn der Gemeinderath, vom Geiste des Fortschritts getragen, fortsährt praktischen Fragen seine Thätigkeit zu widmen, die materiellen Interessen mit Geschick und Eifer zu fördern, mit vorurtheils-

freiem Blick den Ereignissen gegenüber zu treten und mit strenger Unparteilichkeit seines Amtes zu walten, so werden die segensvollen Früchte einer solchen Wirksamkeit auch in der Zukunft nicht ausbleiben. Unsere Stadtvertreter werden dann, wenn abermals die Zeit eintritt, wo die Bürgerschaft durch eine Wahl ihr Urtheil sprechen soll, die Freude und die Befriedigung erleben, daß die Zahl derjenigen, deren Anhänglichkeit und Vertrauen sie sich errungen, und die nur einsichtige und thatkräftige Männer an der Spitze der städtischen Angelegenheiten sehen wollen, sich abermals vermehrt hat, und daß eine stets wachsende Majorität friedliebender Bürger die kleine Schaar verbissener und gefährlicher Heger mächtig niederhalten wird.

So schön und verlockend dieses Ziel ist, so werden doch auch die Widernärtigkeiten auf dem Wege dahin nicht fehlen. Die Vergangenheit gibt in dieser Beziehung leider die sichere Bürgschaft für die Zukunft und es ist dies um so mehr zu beklagen, als alle diese Hindernisse und Unannehmlichkeiten nur gemachte und absichtliche, nur durch blinden Haß hervorgerufen sind. Der Gemeinderath möge sich aber auch darüber trösten, denn selbst die wüthenden, von der ausgelassensten Leidenschaft eingegebenen Angriffe, mit denen ihn die liberale Gegenpartei überschüttet hat und überschütten wird, haben ihr gutes.

Sehen wir uns diese Angriffe an! Waren sie ein einzigesmal sachlicher Natur? Ist jemals eine Maßregel des Gemeinderathes mit Beweisen und Gründen bekämpft worden? Haben die Gegner je in städtischen Angelegenheiten einen Vorschlag auf Verbesserung gemacht? Wurde bei irgend einer Gelegenheit ein vernünftiger Wunsch ausgesprochen und nicht erfüllt? Nichts von alledem, sondern in einem fort nur persönliche Insulten, offenkundige Verdrehung der Thatfachen und inhaltslose Fragen, das war alles, was wir gehört haben. Wer aber zu solchen Mitteln seine Zuflucht nimmt, wer die Lüge nicht scheut und auch das ernste und ehrwürdige begeistert, der richtet seine Sache selbst, der macht sich mit seinen Beschimpfungen höchstens lächerlich und seine Wuth ist eine ohnmächtige.

## Ein Streiflicht auf unsere Gymnasien.

Der Bericht der Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses verfehlt nicht, auf die große Anzahl von Lehrern an Gymnasien hinzuweisen, welche das gesetzlich vorgeschriebene Lehramts-Staatsexamen nicht abgelegt haben. Dieser gesekwidrige Zustand findet sich namentlich an geistlichen Gymnasien, an welchen ungeprüfte, also unbefugte Lehrer thätig sind. Die unverzeihliche Nachsicht der Unterrichtsbehörde hat bewirkt, daß in den letzten zwei Jahrzehnten die Geistlichen der Forderung des Gesetzes nicht gefolgt sind. Aus der Beilage II des Berichtes ersieht man, in welcher Weise das Gesetz bisher gehandhabt wurde. In Krems sind von 12 Lehrern 5 nicht geprüft, im Benediktiner-Gymnasium zu Melk von 12 Lehrern 7 ungeprüft, in Wiener Neustadt von 12 Lehrern 11 nichtgeprüfte Zisterzienser. Am Franziskaner-Ober-Gymnasium zu Ru-

dolfsberth in Krain erscheinen unter 13 Lehrern 6 nicht geprüft, in Briz von 12 Piaristen 6, in Duppau bei Karlsbad von 8 Lehrern 4, in Jungbunzlau von 11 Piaristen-Lehrern 5, in Kommtan unter 11 Zisterzienser-Lehrern 6, in Prag am Neustädter Piaristen-Gymnasium unter 12 Lehrern 5 ungeprüft, in Saaz bei derselben Anzahl gar 7. Böhmen war sonst in erster Reihe zu nennen; der Zustand der Schulen hat, wahrscheinlich durch nationale Umstände, sich bedeutend verschlimmert.

Am schlimmsten präsentirt sich Tirol, in welchem Lande an vier geistlichen Gymnasien 20 nicht lehramtsfähige Professoren tradiren.

Die Zahl der ungeprüften Lehrer beträgt 140, eine ansehnliche Summe, wobei die Bemerkung nicht unterdrückt werden kann, daß die meisten Lehrer ihre venia docendi auf Grund alter, längst verworfener Befehle, das ist als Grammatikal-Lehrer, erworben haben.

## Eine päpstliche Antwort an den Grafen Beust.

Graf Trauttmannsdorff und Herr von Beust haben von Antonelli eine jener begütigenden Antworten erhalten, wie sie dieser geistliche Staatsmann nach allen Seiten hin zu spenden gewohnt ist.

Sie lautet nach der „A. A. Ztg.“ im wesentlichen wie folgt: In der Theorie und wenn hohe weitausgreifende Prinzipien aufgestellt werden sollen, da ist die Kirche unerbittlich, da kann sie nicht das geringste von ihren Ansprüchen nachlassen, da muß sie das Schwert des Anathems ziehen und kräftig dreinhauen; sie muß also nothwendig das moderne Staatsleben mit seinen Freiheiten für einen Knäuel von seelengefährlichen Irrthümern erklären und deshalb die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Presse verdammen.

Aber in der Praxis, in Konkordaten, in besoneren Indulgenzen und Gnadenverleihungen ist der Papst nicht so streng und unerbittlich; da läßt er mit sich handeln, und die einzelnen Regierungen können auf dem Gnadenwege von ihm erlangen, daß er das dulde und unangefochten lasse im Leben, was er in Theorie feierlichst verdammt, freilich nur durante beneplacito, so lange es ihm gefällt, so lange die Regierungen sich gut aufführen und nicht etwa mit Entziehung solcher Indulgenzen bestraft zu werden verdienen, und so lange die Umstände sich nicht ändern; denn das verstehe sich wohl von selbst, daß, sobald günstigere Stimmen und politische Situationen sich ergeben, in denen ein kirchlicher Ausspruch mit Aussicht auf Gewinn und Sieg erhoben werden kann, der Indult zurückgenommen und die Theorie nunmehr zur Praxis wird.

Antonelli hat stets beide Taschen voll von solchen Distinktionen zwischen der strengen und harten Theorie und der weichen, biegsamen und nachsichtigen Handhabung, und kein Diplomat geht ungetröstet von ihm hinweg. Banneville hat sich stets mit dieser vom Staatssekretär ihm vorgelegten Post begnügt; Trauttmannsdorff ist infoweit im Vortheile, als die vom römischen Hofe dem Konzil ostroirten

Doktrinen über Staat und Kirche der österreichischen Regierung einen sehr bequemen Anhaltspunkt bieten, das thatsächlich zerriffene Konkordat auch rechtlich für erloschen zu erklären, wie denn überhaupt mit einem unfehlbar gewordenen und sich als berufenen obersten Richter über „Erlaubt“ und „Unerlaubt“ fühlenden Papst wohl ein Waffenstillstand, aber kein wirklicher, aufrichtiger Friede und kein Friedensvertrag möglich ist.

Uebrigens gibt es wirklich nichts bequemeres und elastischeres, als die Theorie, welche Antonelli mit diplomatisch-priesterlicher Salbung den Vertretern der europäischen Regierungen zu entwickeln pflegt. Nach ihr ist am Ende alles, Personen und Institutionen, Regierungen und Völker, von der Nachsicht und Gnade des Papstes abhängig. Noch höherem göttlichen Rechte, so lautet die Doktrin, sollte eigentlich alles in der Welt anders eingerichtet sein, sollten Zensur und heiliges Offizium, wie im Kirchenstaate, Religionszwang, geistliche Immunität, kurz das ganze Dekretalenrecht überall in Blüthe stehen; aber der Statthalter Gottes ist nachsichtig; er läßt sich herab zu den ins Arge versunkenen Staaten und Nationen; er thut, was man in Rom so gern thut: er dispensirt; er erklärt, aus Rücksicht auf die Ungunst der Zeiten an sich verwerfliche Dinge dulden zu wollen. Das ist aber keineswegs eine Anerkennung; es ist nur ein „Indult“, für welchen Monarchen, Staatsmänner und Nationen, solange er gilt, dankbar sein müssen, der aber jederzeit zurückgenommen werden kann.

### Merikale Hezereien.

In einem Wirthshause in der Umgebung von Innsbruck, schreibt ein Korrespondent der „Tagespresse“, sitzen der Kooperator und mehrere Bauern des Dorfes bei einem Glase Wein. Der geistliche Herr führt, wie sich's geziemt, das große Wort und die Liberalen kommen, wie es sich von selbst versteht, übel weg. Sie sind an allem schuld, was immer den Bauer heimsuchen mag. Die hohen Steuern und Gaben, wer anders hat sie verschuldet, als die Liberalen durch ihre schlechte Wirthschaft. Die Gottlosigkeit dieser sauberen Sippschaft, die Lästerungen, die sie ausstößt, all' das müsse endlich die Langmuth des Himmels erschöpfen, und dann werde es der Gute mit dem Bösen büßen müssen. So könne es nicht länger bleiben, es müsse, um die drohende Strafe abzuwenden, etwas Entscheidendes geschehen, und zwar bald. „Die Kugeln.“ schloß der würdige Mann, „sind schon gegossen.“ Das ist deutlich, nicht wahr? Auch das Oberinntal hat solche Blauderbstüben. Traulich sitzen sie dort beisammen, die Vielgetreuen und lauschen, was der ultramontane Heger spricht. Nach einer Filippika gegen den Liberalismus und seine Anhänger, die kein gutes Haar an diesen läßt, werden die Bauern darauf vorbereitet, daß hierfür keine Frohnleichnamspredigten (bekanntlich ein kirchliches Fest, das der Bauer mit besonderer Liebe begeht) stattfinden dürfen, da dies nach den neuen Gesetzen nicht geduldet werde; daß der Priester, wolle er einem Kranken die letzten Tröstungen der Religion bringen, das Allerheiligste unter den kirchlichen Gewändern verbergen müsse, und dergleichen dummes Zeug mehr Nichts macht die Bauern rasender, als wenn sie von ihren Sitten und Gebräuchen lassen sollen, als wenn sie in ihren religiösen Gefühlen verletzt werden. Ich setze die Frage auf Ihren Lippen schweben: Ob denn die Bauern solchen haarsträubenden Unfinn glauben? Ja, antworte ich, weil es der Priester sagt, der ja nur die Wahrheit verkündet.

### Politische Rundschau.

Laibach, 31. März.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses forderte der Minister des Innern schriftlich zur Vornahme der Delegationswahlen auf und legte das Nothwahlgesetz vor. Im Klub der Linken war es dem Justizminister gelungen, die

Stimmung für den Gesetzentwurf, dessen Verwerfung im Parlament man vielseitig fürchtet, zu bessern. Der Justizminister wies darauf hin, daß die Regierung zu dem Einbringen dieses Gesetzes sich erst entschloß, nachdem der Giskra'sche Entwurf keine Aussicht hatte, die Majorität im Abgeordnetenhaus zu erhalten, weil die Vertreter von Ober- und Niederösterreich, Steiermark u. s. f. von einer Verdopplung des Großgrundbesizes nichts wissen wollten, die Großgrundbesitzer selbst aber darauf bestanden. Prinzipiell seien doch in dem Nothwahlgesetz die direkten Wahlen von der Krone anerkannt, eine Thatsache, die nicht unterschätzt werden dürfe, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Krone die Lösung der Wahlreform als ein Recht der Landtage anerkennt und die Zustimmung zur Vorlage eines Wahlgesetzes auf breiter Basis jetzt zu erhalten nicht möglich gewesen wäre. — Reichbauer und Genossen führten in der gestrigen Sitzung bereits den ersten Coup gegen das Nothwahlgesetz aus, indem sie einen Gesetzentwurf über direkte Reichsrathswahlen und über Kreirung eines Länder- und eines Volkshauses einbrachten. Wir dürfen also einer interessanten Debatte entgegensehen, welche auch über den Fortbestand des Ministeriums Hasner entscheiden dürfte. Endlich wurde noch in dieser Sitzung Grocholski's Antrag, über den Gesetzentwurf, das Medizinalwesen betreffend, zur Tagesordnung überzugehen, weil derselbe in die Länderautonomie eingreife, abgelehnt, nachdem der Minister des Innern diese Anschauung entschieden widerlegt hatte.

Ueber den Schluß der Reichsrathssession ist noch nichts bestimmt, die Mittheilung einer Verlängerung über Ostern hinaus ist mindestens verfrüht.

Dr. Giskra hat noch nicht die Genehmigung seines Demissionsantrags, wohl aber, wie die „Morgenpost“ wissen will, andere Blätter aber widersprechen, das kaiserliche Handschreiben erhalten, welches vor der Hand seine Dienste bis zum Schlusse der Session in Anspruch nimmt. — Daß die Regierung energische Maßregeln gegen die czechische Opposition beabsichtigt, wird von beteiligter Seite entschieden in Abrede gestellt und die Beziehung des Reichskriegsministers zu dem letzten Ministerathe, aus welchem Umstände eben jene Gerüchte von strengen Maßregeln in Böhmen sich herleiteten, mit der Durchführung des Landwehrstatutes in Böhmen erklärt.

Im Ministerium des Innern sind nachstehende Personal-Veränderungen genehmigt worden: Ministerialrath von Stählin wurde zum Sektionschef ernannt; Ministerialrath Beyer erhielt den Titel und Charakter eines Sektionschefs; Medizinalrath Dr. Ulrich und Oberlandesgerichtsrath Ritter v. Schmerling wurden zu Ministerialräthen ernannt. — Herr von Stählin wird als ein kenntnißreicher, liberaler und energischer Beamter geschildert. Ministerialrath Beyer erhielt den Titel eines Sektionschefs als kleinen Ersatz dafür, daß er von dem jüngern Kollegen präterirt worden.

Wir haben bereits gemeldet, daß in München erzählt wird, Döllinger solle wegen seines Widerstands gegen die Unfehlbarkeitslehre a sacris suspendirt werden. Die in Turin erscheinende erzultramontane „Unita cattolica“ berichtet frohlockend hierüber: „Man schreibt aus Rom, daß der eifrige Erzbischof von München im Begriff steht, strenge Maßregeln gegen Döllinger zu ergreifen, da derselbe in seinen letzten Schriftstücken offenbare Häresien vorgebracht habe. Um Döllinger zu entlarven, hat der berühmte Bischof von Regensburg Großes beigetragen, welchem auch die Wissenschaft und die Kirche so viel verdankt.“ Also das hat derselbe von Senefrey gethan, der dadurch Bischof wurde, daß er sich als Gegner Roms und als Jesuitenhasser, wie man sich erzählt, vordem geberdet hat.

Aus Italien laufen erste Nachrichten über die letzten Unruhen ein. Was das Beste an der Sache ist, die Regierung ist ihrer eigenen Polizei nicht sicher. Nachdem in Ravenna bekanntlich ein Polizeibeamter, der wegen eines Dienstvergehens verurtheilt werden sollte, den Präfecten, General Es-

koffier, erschossen, gab ein anderer Polizeidelegat aus Freude über dieses Ereigniß am Abend desselben Tages einen lustigen Ball und die Regierung fand es nöthig, alle Polizeibeamten in ihren Quartieren zu konfigniren. Noch mehr, man sah sich genöthigt, in Ravenna das ganze Polizeiwachcorps zu entwaffnen und, von einer großen Anzahl Carabinieri bewacht, nach Bologna zu schicken. Uebrigens ist auch die Armee nicht verläßlich. In Pavia bestand der größte Theil der Angreifer aus Unteroffizieren. Aus dem Arsenal waren 70 Revolver entwendet worden, was mit dem Verschwinden mehrerer Artillerie-Unteroffiziere in Verbindung gebracht wird. Die Regierung hegte allerdings schon seit einiger Zeit große Furcht vor einem Ausbruche. Seit acht Tagen waren in Florenz auf der Fortezza da Basso jede Nacht Kanonen aufgeföhrt und alles war für außerordentliche Fälle in Bereitschaft. Auch in Genua sind die Truppen seit zwei Tagen in ihren Quartieren konfignirt. Aus Parma meldet man, daß starke Kavalleriekadres nach der Umgegend von Cadorno geschickt wurden, wo man Unruhen wegen der Wahlsteuer befürchtet. Seit zwei Tagen tönen die Sturmglöcken in mehreren Gemeinden und große Schwärme von Bauern durchziehen die Dörfer mit dem Rufe: „Nieder mit der Wahlsteuer!“

Im französischen gesetzgebenden Körper war das Ministerium wieder einmal in Gefahr. Binard verlangte, daß eine Interpellation über die konstituierende Gewalt auf die Tagesordnung gesetzt werde. Ollivier erklärte, daß der Anstand und die konstitutionelle Gepflogenheit es nicht gestatten, die Interpellation vor der Debatte im Senate anzunehmen und als Binard darauf bestand, verlangte der Minister die Verfrachtung der Interpellation als einen Akt des Vertrauens mit dem Besage: „Wenn Sie dies verweigern, hören wir auf, Minister zu sein.“ Der Ausspruch erregte Sensation und die Interpellation wurde verworfen.

Das blutige Drama von Auteuil, welches die letzten stürmischen Unruhen in Paris hervorrief, die Verhaftung Rocheforts zur weiteren Folge hatte und endlich die leidenschaftlichen, die Welt in Spannung haltenden sechstägigen Debatten vor der haute cour in Tours veranlaßte, endete also mit einer Freisprechung des Prinzen Pierre Bonaparte. Auf einen solchen Ausgang des Prozesses war wohl niemand gefaßt, und schwerlich wird er für die französische Kaiserdynastie heilbringend werden. Denn, daß jemand trotz des erwiesenen Todtschlages und trotz des versuchten Mordes vollkommen freigesprochen werden könne, dürften die Franzosen kaum einsehen. Der Eindruck, den diese Nachricht auf Paris und ganz Frankreich machen wird, dürfte sich bald in Demonstrationen offenbaren, welche sowohl der kaiserlichen Justiz als Napoleon III. selbst keineswegs genehm sein werden. Die haute cour hat durch die Freisprechung eines Mannes, der sich einen Todtschlag und einen Mordversuch zu Schulden kommen ließ, nicht nur das Rechtsbewußtsein verletzt, sondern auch einen politischen Mißgriff begangen. Der Gedanke „Il n'y a pas des juges en France“ (um einen bekannten Spruch anzuwenden) kann für das Kaiserhaus und die neue Ära in Frankreich gefährlich werden.

### Zur Tagesgeschichte.

— Kaiser Napoleon todt. Der Pariser Korrespondent der „Newyork World“, eines sonst ganz ernstern Blattes, macht eine höchst überraschende Mittheilung, durch welche das Räthsel, warum der Erwählte der französischen Nation über Nacht sozusagen konstitutionell geworden, eine merkwürdig einfache Lösung erhält. Der Kaiser ist, wie dieser Berichtstatter erfährt, einem stärkeren Gegner als der Linken oder dem linken Centrum erlegen, er ist todt, schon am 8. September dem Messer des Chirurgen Ricord verfallen. Ueber den genauen Todesstag gesteht der Korrespondent einige Zweifel ein, das Faktum indessen ist nicht anzusehen. „Es war der ausdrückliche Wunsch

des Kaisers, daß man seinen Tod geheimhalten möge und er erhielt vor seinem Hinscheiden die Zusage Englands, wie man glaubt auch Rußlands, seinen Sohn auf dem Throne zu erhalten. Die Aufregung, welche damals herrschte, machte es gefährlich, anzukündigen, was sich ereignet hatte. Minister und vertraute Diener wurden von der Kaiserin gewonnen und um das Publikum zu täuschen, wurde ein nachgemachter Schaul Kaiser beschafft.“ Der Korrespondent hat diese unechte Majestät durch ein starkes Opernglas auf der Terrasse lustwandeln sehen und erklärt, dieselbe sei dem Urbilde im ganzen wie im einzelnen sehr ähnlich, auch mit hohen Abfägen unter den Stiefeln beinahe so groß. Dem Vernehmen nach gehöre der Strohmann auch zur kaiserlichen Familie, jedoch nicht zu der zur Erbfolge berechtigten Linie. Er ist nach der Versicherung des tollhändlerischen Berichterstatters der nachgemachte Monarch, der die Rede an den legislativen Körper hielt, am Neujahrstage das diplomatische Korps empfing (bei welcher Gelegenheit er übrigens der Entdeckung nicht entging) und sich neuerdings mit der Kaiserin und dem kaiserlichen Prinzen im Wagen gezeigt hat.

— Die Königin Isabella hat einen aus den 5 Generalen und einigen anderen Persönlichkeiten bestehenden Rath berufen, um ihr Urtheil über den Streit mit ihrem Manne abzugeben. Der erste Rath, welchen sie der Königin erteilten, war der, Marfori, der noch immer hier ist, und dessen Alter ego Albaceti vollständig zu beseitigen. Es ist nicht begründet, daß der Kaiser den König Franz mit Ausweisung hat bedrohen lassen. Er erteilte demselben nur den Rath, sich dem Ausspruche eines Schiedsgerichtes zu unterwerfen. Das Schiedsgericht hat bis jetzt noch keine Sitzung gehalten, da die Parteien sich noch nicht über die Streitpunkte, welche zur Sprache kommen sollen, geeinigt haben. Man hat nun beschlossen, diese Punkte von den Schiedsrichtern aufstellen zu lassen.

— Von der Legislatur in Minnesota ist die Frauenwahlrechts-Bill, welche die Frage den männlichen und weiblichen Bürgern in der nächsten Herbstwahl zur Abstimmung vorlegt, angenommen und vom Gouverneur Austin unterzeichnet worden, und ist jetzt Gesetz. — Im Territorium Wyoming fängt das schöne Geschlecht sogar schon an, die Früchte seiner Gleichberechtigung mit dem stärkeren zu genießen, denn unter den für den Märztermin des Albany-Gerichts in Washington gezogenen Geschwornen befinden sich eilf Damen, deren einige die Frauen der hervorragenden Bürger sind. Die Aufregung, die durch dieses Verfahren hervorgerufen wurde, ist ungeheuer.

## Total- und Provinzial-Angelegenheiten.

### Total-Chronik.

— (Austritt der slovenischen Abgeordneten aus dem Reichsrathe.) Nach einem uns soeben zugeworbenen Telegramme sind die Slovenen in der heutigen Vormittagsitzung dem Beispiele der Tiroler gefolgt und haben den Reichsrath verlassen. Hierauf erklärte Dr. Kun in seinem und Graf Margheri's Namen, daß sie keine Veranlassung finden, aus dem Reichsrathe zu treten, sondern auf dem legalen Boden des verfassungsmäßigen Reichsrathes verharren wollen.

— (Bei der heutigen Erswahl des I. Wahlkörpers) wurden 119 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurde Josef Bauer mit 118, Dr. Josef Suppantitsch mit 118, Andreas Malitsch mit 117 und Ferdinand Mahr ebenfalls mit 117 Stimmen.

— (Slovenische Stationsnamen im Eisenbahnverkehr.) Wie schon früher mitgetheilt, wurden vom k. k. Handelsministerium Erhebungen wegen der Anbringung slovenischer Aufschriften auf den Stationen, sowie der Ausrufung der Stationsnamen in slovenischer Sprache veranlaßt, insofern diese Ein-

richtungen dem Bedürfnisse der Bevölkerung entsprechen sollten. Die Kronprinz Rudolf-Bahn hat bereits die Einführung der erwähnten Maßnahmen für die Strecke Laibach-Tarvis in Aussicht gestellt. Auf den in Unter-Steiermark und Krain gelegenen Strecken der Südbahn wird die Ausrufung der Stationsnamen in deutscher und slovenischer Sprache schon seit längerer Zeit vorgenommen; dagegen hat sich hier die Nothwendigkeit der Anbringung slovenischer Aufschriften in den Stationen nicht ergeben, weil die bestehenden deutschen Aufschriften auch der slovenischen Bevölkerung bereits seit 15 bis 20 Jahren hinreichend bekannt sind und die Einführung einer alternativen neuen Bezeichnung zu Irrthümern und Zersplitterungen im Frachtenverkehre führen würde.

— (Politische Flugschriften.) Vom liberalen politischen Vereine in Linz, der auf diesem wichtigen Gebiete der Aufklärung eine höchst rühmensewerthe Thätigkeit entfaltet, liegen uns abermals mehrere Publikationen vor. Insbesondere zwei davon möchten wir unsern Lesern aufs beste empfehlen, da sie angesichts der hiesigen Verhältnisse auch hier ganz am Platze wären. Das eine Flugblatt führt den Titel: Kaiser Josef II.; es enthält eine treffliche Schilderung des Wirkens, der Bestrebungen und Ziele, welche dieser große Monarch verfolgte und beleuchtet ihren Zusammenhang mit den Ideen, für welche die liberale Partei, die in dem geliebten Kaiser Josef einen unermüdeten und aufgefärten Vorkämpfer verehrt, auch heute einsteht und kämpft. In der anderen der erwähnten Publikationen: „Ein Wort an das oberösterreich. Landvolk,“ werden die neuen interkonfessionellen, die Ehe- und Schulgesetze faßlich erläutert, und die Heuchelei und Widersinnigkeit der Schlagworte bloßgelegt, mit denen die ultramontane Parteinamentlich auch in Steuerfragen den gesunden Sinn der ländlichen Bevölkerung zu bethören versucht. Da der Preis dieser Flugblätter (2 kr. und 1 kr., im Hundert noch billiger) überdies ein äußerst billiger ist, so können wir nur wünschen, daß sie auch bei uns Verbreitung finden. Der Ausschuß des konstit. Vereines würde sicher mit Vergnügen die Bestellungen übernehmen.

— (Reduktionstabellen auf Metermaß) sind soeben vom Ingenieur Karl Kökert im Verlage von Lehmann und Wenzel in Wien erschienen. Da das metrische Maß nicht nur von der Wissenschaft akzeptiert ist, sondern auch fortwährend eine größere praktische Verbreitung erlangt, so dürften diese Tabellen nicht nur Sachmännern, sondern auch dem übrigen Publikum sehr willkommen sein. Die Zusammenstellung ist vollständig und übersichtlich, die Ausstattung (Taschen- oder Plakatformat) sehr gefällig, der Preis (40 kr.) mäßig. —

— (Labor in Kärnten.) Auch die kärntnerischen Slovenen sollen in diesem Jahre mit einem Labor beglückt werden. So hat es der politische Verein „Trdnjava“ (die Festung) in Klagenfurt in seiner letzten Sitzung am 13. d. M. beschlossen. Um jedoch über die Wünsche der Slovenen vorerst ins Klare zu kommen, sollen noch zwei Vorkonferenzen, nämlich am Ostermontag in Feistritz nächst Bleiburg, und am Pfingstmontag in Feistritz im Gailthal abgehalten werden. Der Labor endlich findet am 25ten Juli bei einem gewissen Kraut (!) in Feistritz nächst Bleiburg statt. Vorkläufig ist man über drei Resolutionspunkte einig, nämlich: Slovenische Amtirung, slovenischer Unterricht in den Schulen und die Gründung Sloveniens.

— (Ein neues Eisenbahnprojekt) bringt die „Grazer Epst.“ wodurch eine bisher noch nicht ins Auge gefaßte Verbindung Laibachs mit der Rudolfsbahn hergestellt werden soll. Der Hauptzweck der Rudolfsbahn war, Italien mit Kärnten zu verbinden und in kürzester Linie im Venetianischen einen Hafen zu erreichen, mit Triest aber über Udine die Verbindung herzustellen. Durch den Verlust Venetiens erlitt der Plan eine Aenderung, und man sucht nun Billak auf österreichischem Gebiete durch die Tarvis-Prebilbahn mit Triest zu verbinden, deren Ausführung aber mit gro-

ßen Kosten und Schwierigkeiten verbunden ist. Betrachtet man die Landkarte, so zieht sich von Berlin über Dresden, Prag, Linz, Unzmarkt, Launsdorf, Kühnsdorf eine gerade Linie von Norden nach Süden über Laibach, und diese Linie muß auch für den Verkehr die kürzeste sein, die Bahnen auf dieser Linie sind theils ausgebaut, theils im Bau begriffen, nur von Brückl bis Laibach ist noch eine Lücke, für die Strecke Brückl-Kühnsdorf sind zwei Konsortien um die Trazirungsbewilligung eingeschritten, und es wäre nur die Strecke Kühnsdorf-Laibach noch zu bauen. Diese Strecke beträgt bei 11 Meilen. Der Bau bietet keine großen Schwierigkeiten, denn von Kühnsdorf bis Kappl und Vellach ist das Terrain eben; nur der Seeberg, 3800 Fuß hoch am Sattel, wo die Reichsstraße führt, müßte durchstolzt werden. Die Bahn würde dann durch das Kanterthal bis Höslein führen, wo sie in die Saveebene gelangt und mit Ueberschreitung der Save in gerader Richtung Laibach zugeht. Die Kosten dürften sich auf 7 bis 8 Millionen belaufen, und es könnte der Bau in zwei Jahren hergestellt sein. Abgesehen von den großen Vorteilen, die durch diese Bahn Triest zustießen würden, würden Kärnten und Steiermark durch diesen Bau ungeheuer gewinnen. Von Unzmarkt sind nach Leoben neun Meilen, von Leoben nach Laibach 36, zusammen 45 Meilen, während von Leoben bis Brückel neun und von Brückel bis Bölkermarkt zwei Meilen, von Bölkermarkt bis Laibach 11 1/2 Meilen, zusammen 22 1/2 Meilen sind, mithin 22 1/2 Meilen erspart würden. Von Kühnsdorf nach Marburg sind 14 1/2 Meilen, von Marburg bis Laibach 20 Meilen, zusammen 34 1/2 Meilen, während durch die Bahn Kühnsdorf-Laibach 23 1/2 Meilen erspart würden. Der Verkehr von den Stationen Kühnsdorf, Bleiburg, Prävali, Unterdrauburg nach Triest ist ein sehr bedeutender, indem große Quantitäten von Zerealien, dann Merkantilholz, Bretter und von den Gewerkschaften Kappl, Lippitsbach, Sireiteben, Prävali und Schwarzenbach Fabrikate, von Wolfsberg Bleiweiß und von Kappel Zement nach Triest expedirt werden. Von noch größerer Wichtigkeit würde die Bahn, wenn von der Rudolfsbahn bei Unzmarkt durch das Murthal oder von Rottenmann nach Salzburg die Bahn fortgeführt würde, indem dann die kürzeste Verbindung Triest's mit Süd- und Westdeutschland hergestellt, und Triest den durch die Brennerbahn verlorenen Markt in Süddeutschland wieder gewinnen würde. Es würde die Idee ausgeführt, die schon Wüllerstorff zur Verbindung Englands mit Port Said anregte. Für die Strecke Kühnsdorf-Laibach dürften sich bei den günstigen Aussichten genug Konkurrenten einfinden, und es bliebe auf Staatskosten nur die Strecke Unzmarkt, oder Rottenmann-Salzburg zu bauen, wofür die fünfundschwanzig Millionen, die für die Prebil-Bahn bestimmt sind, mehr als hinreichen. — Diese Bahnen hätten in handelspolitischer und volkswirtschaftlicher Beziehung Wichtigkeit und könnten in ein paar Jahren vollendet werden; daher nicht zu besorgen wäre, daß die Gotthard- und Mont-Cenisbahn den Vorrang gewinnen und den Verkehr nach Egipten an sich ziehen werden. Die Tarvis-Prebilbahn ist drei Meilen von der Grenze, daher im Falle eines Krieges sehr bedroht, wenn nicht zum Schutze im Kanalthale eine großartige Festung gebaut wird. Sie führt vom Prebil an durch eilf bis zwölf Meilen ganz nahe an der italienischen Grenze in einen engen, von hohen Gebirgszügen umfangenen Graben, wo keine Industrie, kein Ackerbau ist, der keinen Seitenverkehr hat, in den gar kein bedeutendes Thal einmündet und somit bloß den Verkehr mit dem Endpunkte vermittelt, während die angeregte Bahn fruchtbare, industriereiche Gegenden durchziehen und zur Hebung des Wohlstandes ungeheuer beitragen würde.

— (Heilung von Schlangenbissen.) Ueber die Heilung von Schlangenbissen durch Injizirung von Ammoniak theilt Prof. Halford in dem „Melbourne Argus“ einiges nähere mit. Er erzählt dabei folgendes Beispiel: William O'Mara wurde von einer schwarzen Schlange in den Finger gebissen. Seine Extremitäten waren kalt, die Pupille erschien erweitert und starr, und der Athem war röhelnd. Ammoniak wurde sofort in beide Arme injizirt in der Stärke

